



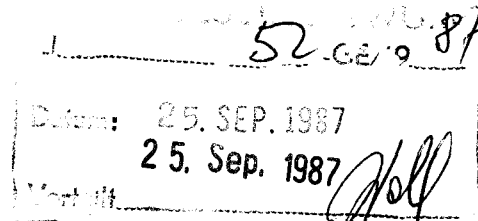
14/SN-52/ME

**BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT****Bundeswirtschaftskammer**

Bundeswirtschaftskammer A-1045 Wien  
Postfach 195

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1010 Wien



Ihre Zahl/Nachricht vom

-

Unsere Zahl/Sachbearbeiter  
RGp 236/87/Kö/BTV

(0222) 65 05  
4296 DW

Datum  
17.9.1987

Betreff

Bundesgesetz, mit dem das GGG, das  
GEG 1962 sowie das GUG geändert wird;  
Entwurf des BM für Justiz

Einer Entschließung des Nationalrates entsprechend beehrt sich die Bundeskammer  
der gewerblichen Wirtschaft 25 Ausfertigungen ihrer zum oa Gesetzentwurf er-  
statteten Stellungnahme mit der Bitte um Kenntnisnahme zu übermitteln.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Für den Generalsekretär:



Anlage (25-fach)



---

**BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT**

---

**Bundeswirtschaftskammer**

---

Bundeswirtschaftskammer A-1045 Wien  
Postfach 195

Bundesministerium für Justiz

Postfach 63  
A-1016 Wien

Ihre Zahl/Nachricht vom  
18.009/100-I 7/87  
vom 24. Juli 1987

Unsere Zahl/Sachbearbeiter  
RGp 236/87/Kö/BTV

(0222) 65 05 Datum  
4296 DW 17.9.1987

Betreff

Bundesgesetz, mit dem das GGG, das  
GFG 1962 sowie das GUG geändert wird;  
Entwurf des BM für Justiz

Unter Bezugnahme auf die oa Note des do Bundesministeriums beehrt sich die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zu dem im Betreff genannten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Die im § 4 Abs 1 GGG vorgesehene Möglichkeit, die ordnungsgemäße Bezahlung der Gerichtsgebühren auch durch Vorlage lediglich einer Kopie des Einzahlungsbeleges zu bescheinigen, wird begrüßt.

All jene Bestimmungen, die Gebührenerhöhungen von mehr als 100 % vorsehen, sind jedoch strikt abzulehnen.

Dies gilt einmal für Tarifpost 9 lit c und Tarifpost 10 Z IV GGG. Die vorgesehenen Gebührenerhöhungen auf S 50,-- entsprechen einer Steigerung um 150 %, die sich mit der seit der Einführung der geltenden Gebührensätze (1.1.1985) eingetretenen Kaufkraftänderung keineswegs rechtfertigen läßt. Der Verbraucherpreisindex 1976 zeigt für den Zeitraum von 1.1.1985 bis Juli 1987 eine Steigerung um 5,4 % an. Auch die mit der Erstellung von Grundbuchs- und Handelsregisterauszügen verbundenen Aufwendungen der Gerichte sind wohl kaum in einem so großen Ausmaß gestiegen, daß die vorgesehene Gebührenerhöhung dadurch gerechtfertigt wäre.

- 2 -

Aus eben denselben Gründen muß sich die Bundeskammer auch gegen die in der neu eingeführten Tarifpost 9 lit d GGG vorgesehenen Gebühr von S 100,-- aussprechen, die die im § 29 Abs 1 GUG vorgesehene Gebühr von S 40,-- ersetzt. Die zuletzt genannte Gebühr wurde mit 1.1.1981 in Kraft gesetzt. Die Verbraucherpreise sind seit diesem Zeitpunkt bis Juli 1987 um 27,1 % gestiegen, also deutlich weniger als die geplante Gebührenerhöhung um 150 %.

Es darf festgehalten werden, daß solche exorbitante Erhöhungen der Gebühren für Grundbuchsauszüge und Grundbuchsabschriften kaum im Sinne eines verbesserten Zugangs zum Recht gelegen sind. So sehr Modernisierungsmaßnahmen im Bereich der hoheitlichen Vollziehung zu begrüßen sind, darf der Preis hierfür nicht in einer so starken Gebührenbelastung der rechtsuchenden Bevölkerung liegen.

Schließlich muß sich die Bundeskammer auch gegen die Erhöhung der Einhebungsgebühr des § 6 GEG 1962 aussprechen. Die Erhöhung der Portokosten rechtfertigt kaum die vorgesehene Gebührenerhöhung um 150 %.

Einer Entschließung des Nationalrates entsprechend werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übersandt.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Der Präsident:

Der Generalsekretär:

